

## Wahlprüfsteine zum Thema Bildung, Schule und Senioren

### 23 Kernfragen für den Kreis Bergstraße

Legende:

- Antworten der Parteien wurden im Wortlaut übernommen
- Es wurden keine redaktionellen Änderungen vorgenommen
- Die Reihenfolge der Parteien entspricht dem Eingang ihrer Rückmeldungen:  
Grüne, FDP, CDU, SPD, Freie Wähler, AfD, Linke
- die Linke wurde nach hinten gestellt, weil sie nicht direkt auf die Fragen eingegangen ist.  
Wir haben versucht, deren Rückmeldung bestmöglich den Fragen zuzuordnen

---

### A. Strategische Prioritäten Bereich Schule

#### 1. Welche drei konkreten Schwerpunkte setzen Sie / Ihre Partei für die Wahlperiode 2026 bis 2031 im Kreis Bergstraße?

**Die Grünen:** Sanierung und Neubau von Schulen, zeitgemäße Ausstattung von Schulen, Digitalisierung.

**FDP:** Für uns als FDP Bergstraße stehen in der kommenden Wahlperiode drei Schwerpunkte im Mittelpunkt.

Erstens: eine verlässliche und wirtschaftlich solide Schulträgerschaft. Der Kreis muss Bauprojekte planbar, termintreu und kostensicher umsetzen. Wir wollen verbindliches Projektcontrolling, transparente Priorisierung von Sanierungsmaßnahmen und eine langfristige Schulentwicklungsplanung ohne kurzfristige Kurswechsel.

Zweitens: ein qualitativ tragfähiger Ganztagsausbau. Der Rechtsanspruch ab 2026 stellt den Kreis vor große infrastrukturelle Herausforderungen. Unsere Aufgabe ist es, rechtzeitig ausreichende Räume bereitzustellen, funktionierende Raumkonzepte zu entwickeln und qualitativ hochwertige Mittagessensangebote sicherzustellen.

Drittens: der Erhalt von Schulvielfalt und regionaler Ausgewogenheit. Bildungsangebote dürfen sich nicht einseitig auf zentrale Standorte konzentrieren. Auch das Ried, der Überwald und der Odenwald müssen verlässlich berücksichtigt werden.

**CDU:** Ganz zentral werden auch in den kommenden Jahren die Bereiche Bildung, Wirtschaft und Infrastruktur sein, worunter sowohl alle klassischen Infrastrukturthemen wie Straßen, Radwege oder medizinische Versorgung und Betreuung als auch die digitale Infrastruktur fallen.

**SPD:** Wir setzen drei Schwerpunkte: gute, sanierte Schulen mit kostenlosen Ganztagsangeboten von Anfang an, Gründung einer gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft Bergstraße für bezahlbaren und berufsspezifischen Wohnraum sowie Stärkung des sozialen Netzes durch verlässliche Unterstützung von Sozialverbänden, Wohlfahrtsorganisationen und Vereinen.

**Freie Wähler:** Uns ist es wichtig, dass die an vielen Schulen im Kreisgebiet bestehenden Barrieren – gleich welcher Art sie sind- schnellstmöglich abgebaut werden. Dazu erwarten wir die Erstellung und Abarbeitung einer Prioritätenliste.

Eine ebenfalls wichtige Aufgabe sehen wir darin, dass die Busverbindungen und damit der Schülertransport dauerhaft sichergestellt werden. Es ist nicht akzeptabel, dass Jahr für Jahr zum Schuljahresbeginn Chaos herrscht, welches von den Verantwortlichen damit abgetan wird, dass es ja in wenigen Wochen dann besser läuft.

Was uns seit Monaten bewegt, ist die überaus schlechte Stimmung und das schlechte Verhältnis zwischen Kultusministerium und Lehrkräften. Es ist nicht nachzuvollziehen, dass die Personalräte seit Monaten, teilweise seit Jahren auf eine Reaktion auf ihre Resolutionen aus Wiesbaden warten und man sie dort offensichtlich nicht beachtet. Was bringen den Schülerinnen und Schülern die modernsten Bildungseinrichtungen, wenn die Lehrkräfte innerlich an Kündigung denken? Es ist uns bewusst, dass es sich dabei nicht um eine Kreis-Thema handelt. Wenn jedoch der Arbeitgeber der Lehrkräfte nicht reagiert, dann sollte der Kreistag Bergstraße sich als Vermittler einschalten.

AfD: Erhalt und Sanierung bestehender Schulstandorte statt ideologisch motivierter Neubauprojekte. Sicherstellung eines leistungsorientierten Bildungssystems mit klaren Standards. Stärkung des ländlichen Raums im Kreis Bergstraße durch faire Mittelverteilung und stabile Infrastruktur.

**Die Linke** (Auszüge aus Programm): Die Linke Bergstraße fordert freie Bildung für alle. Bildung darf nicht vom Wohnort, sozialen Hintergrund oder Einkommen abhängen. Schulen brauchen Gebäude, die nicht bröckeln, sondern Raum, moderne Ausstattung und Gestaltung bieten. Auch Schulpsychologie, pädagogische Fachkräftearbeit und Ganztagsangebote müssen gesichert und ausgebaut werden.

---

## **B. Bildungsgerechtigkeit**

### **2. Welche Maßnahmen planen Sie zur frühzeitigen und verbindlichen Sprach- und Grundkompetenzförderung (Deutsch & Mathematik) in Kita, Vorschule und Grundschule bis Klasse 4?**

**Die Grünen:** Umsetzung der Förderprogramme des HMKB.:

**FDP:** Die inhaltliche Ausgestaltung von Sprach- und Mathematikförderung liegt in der Zuständigkeit des Landes Hessen. Als Kreis können wir keine pädagogischen Konzepte vorgeben.

Was wir jedoch leisten können, ist die organisatorische und infrastrukturelle Unterstützung. Dazu gehört eine bessere Abstimmung zwischen Kitas und Grundschulen, etwa durch die Bereitstellung geeigneter Räumlichkeiten für Vorlaufkurse oder durch moderierte Kooperationsformate. Zudem setzen wir auf stabile Schulstandorte und planbare Übergänge, damit Förderangebote kontinuierlich stattfinden können.

**CDU:** Frühzeitige Sprachstandserhebungen, verbindliche Fördermaßnahmen vor und nach der Einschulung sowie eine enge Zusammenarbeit von Kitas, Grundschulen und Jugendhilfe sind zentral. Ziel ist es, Defizite früh zu erkennen und gezielt aufzuarbeiten, insbesondere in Deutsch und Mathematik, damit alle Kinder mit tragfähigen Grundlagen ihren Bildungsweg fortsetzen können.

**SPD:** Die Hessen-SPD setzt sich programmatisch für eine Stärkung der Basiskompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen ein; in der Landesregierung konnten wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner vereinbaren, dass zusätzliche Deutschstunden in den Jahrgängen 1 und 2 eingeführt werden, die strukturelle Sprachförderung in Kita und Grundschule verstärkt wird und die „Qualitätsoffensive Mathematik“ fortgesetzt und auf eine frühere Förderung der Mathematikkompetenzen vor der Einschulung ausgeweitet wird.

**Freie Wähler:** Sprachförderung bildet die Grundlage für eine erfolgreiche Schullaufbahn und umfassende gesellschaftliche Teilhabe. Für eine erfolgreiche Sprachförderung braucht es ein Konzept aus einem Guss, welches in den Bildungs- und Betreuungseinrichtungen ansetzt und sich über die gesamte Vorschul- und Schullaufbahn erstreckt.

Wir sehen darin ein landespolitisches Thema, auf das wir im Kreis Bergstraße keinen Einfluss haben. Ich persönlich stehe dabei für ein verpflichtendes letztes Kindergartenjahr.

**AfD:** Deutsch- und Mathematikkompetenzen müssen wieder Kern schulischer Bildung sein. Frühzeitige Sprachtests und verbindliche Förderung, insbesondere bei Defiziten. Unterrichtsausfall reduzieren und Lehrkräfte entlasten, damit Grundlagen bis Klasse 4 gesichert werden.

**Die Linke** (Auszüge aus Programm): Frühkindliche Bildung muss konsequent ausgebaut werden. Nur so kann die frühkindliche Bildung eine hinreichende Grundlage für den Schulstart und die allgemeine Entwicklung aller Kinder aufbauen.

### 3. Wie sorgen Sie für eine gerechte Mittelverteilung zwischen zentralen Standorten (z.B. MINT-Zentrum Bensheim) und Randlagen (z. B. Ried, Überwald)?

**Die Grünen:** Bei der Mittelverteilung soll es grundsätzlich gerecht zugehen. Besondere Förderzentren wie das MINT-Zentrum liegen deshalb zentral, damit sie für alle gut erreichbar sind und sind für alle zugänglich. Darüber hinaus gibt es dezentrale Angebote, z.B. vom Netzwerk Schulewirtschaft, die von allen Schulen im Kreis gebucht und durchgeführt werden können.

**FDP:** Als Schulträger tragen wir Verantwortung für eine faire und transparente Investitionsplanung. Entscheidungen über Sanierungen, Neubauten oder Ausstattung müssen anhand objektiver Kriterien getroffen werden; etwa Bausubstanz, Schülerzahlen, Dringlichkeit und langfristiger Bedarf. Wir lehnen eine Konzentration von Investitionen ausschließlich auf zentrale Leuchtturmprojekte ab. Alle Teilräume des Kreises haben Anspruch auf gleichwertige infrastrukturelle Bedingungen.

**CDU:** Die Mittelverteilung erfolgt bedarfsorientiert und transparent. Entscheidende Kriterien sind Schülerzahlen, baulicher Zustand, regionale Besonderheiten und pädagogische Anforderungen. Zentrale Schulstandorte und ländliche Regionen werden gleichermaßen berücksichtigt, um im gesamten Kreis Bergstraße vergleichbare Bildungsbedingungen und gleichwertige Entwicklungschancen sicherzustellen.

**SPD:** Grundsätzlich setzen wir uns für gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Kreis ein und verstehen Mobilität, Infrastruktur und soziale Angebote als Teil der Daseinsvorsorge für Stadt und Land. Die Hessen-SPD fordert programmatisch, dass Bildungschancen nicht vom Wohnort abhängen dürfen; in der Landesregierung konnten wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner vereinbaren, dass Schulen mit besonderen Herausforderungen über einen weiterentwickelten Sozialindex gezielt stärker unterstützt werden.

**Freie Wähler:** Zur Beantwortung dieser Frage können wir zum jetzigen Zeitpunkt leider noch nichts beitragen. Allerdings beobachten wir gerade dieses Thema sehr genau und sind auf die entsprechenden Vorlagen der Kreisverwaltung gespannt.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass es zu keinen Benachteiligungen der Randlagen kommt.

**AfD:** Keine Konzentration der Mittel auf wenige Prestigeprojekte. Schulen im Ried, Odenwald und Überwald müssen gleichwertige Chancen erhalten. Mittelvergabe soll transparent, bedarfsorientiert und nachvollziehbar erfolgen.

**Die Linke** (Auszüge aus Programm): Bildung darf nicht vom Wohnort oder sozialen Hintergrund abhängen.

#### 4. Wie stehen Sie zum weiteren Ausbau von Integrierten Gesamtschulen im Kreis und wie zum Erhalt der Vielfalt im Angebot unserer Berufsschulen (Abwandern einzelner Bildungsgänge)

**Die Grünen:** Mit der HBS in Führt und der MBS in Heppenheim sehen wir den Bedarf an IGSen im Kreis zunächst gedeckt, zumal die Landesregierung aktuell an diesem Modell massiv spart und noch nicht absehbar ist, welche praktischen Auswirkungen das haben wird.

Den heterogenen Anforderungen der Zeit ähnlich gewachsen sind die KGSen, die in ihren Kompetenzen gestärkt werden sollten.

IGS (integrierte Gesamtschule): gemeinsamer Unterricht in A7B7C-Fächern

KGS (Kooperative Gesamtschule): einzelne Unterrichte (Sport, Kunst, etc.) gemeinsam, ansonsten eigene Klassen.

**FDP:** Weitere integrierte Gesamtschulen können sinnvoll sein, wenn ein nachweisbarer Bedarf besteht. Strukturentscheidungen dürfen jedoch nicht ideologisch motiviert sein, sondern müssen sich an Zahlen, regionaler Nachfrage und langfristiger Planung orientieren.

Die Vielfalt unserer Berufsschulen ist für die regionale Wirtschaft von zentraler Bedeutung. Wir setzen uns dafür ein, bestehende Bildungsgänge zu erhalten und eine engere Abstimmung zwischen allgemeinbildenden Schulen und beruflichen Schulen zu fördern.

**CDU:** Wir stehen zur Vielfalt der Schulformen. Integrierte Gesamtschulen werden dort unterstützt, wo sie pädagogisch sinnvoll sind und Akzeptanz finden. Gleichzeitig setzen wir uns klar für den Erhalt leistungsfähiger Berufsschulen ein, da sie eine zentrale Rolle für Ausbildungsqualität, Fachkräftesicherung und die regionale Wirtschaft spielen.

**SPD:** Die Hessen-SPD steht für längeres gemeinsames Lernen, starke Gesamtschulen und die Sicherung von Berufsschul- und Ausbildungsstandorten im ganzen Land. Mit unserem Koalitionspartner auf Landesebene wurde festgelegt, Bildungsgerechtigkeit und Vielfalt der Schulformen zu sichern, das durchlässige Schulsystem weiterzuentwickeln und berufliche Bildung sowie Berufsschulen ausdrücklich zu stärken.

**Freie Wähler:** Wir unterstützen den Erhalt und die Vielfalt der Gesamtschulen. Eine Einheits-Gesamtschule lehnen wir ab. Wir begrüßen ausdrücklich die Kooperation mit den Vereinen bei den Ganztagsangeboten. Allerdings ist zu bezweifeln, dass das vor dem Hintergrund der schwindenden ehrenamtlich Tätigen in den Vereinen die dauerhafte Lösung sein kann.

Mit großer Sorge sehen wir das Abwandern einzelner Bildungsgänge aus unseren Berufsschulen. Die erschwerten Bedingungen werden es insbesondere dem Handwerk weiter erschweren, Auszubildende in ausreichender Zahl zu finden

**AfD:** Schulvielfalt erhalten statt Einheitsmodelle ausbauen. Integrierte Gesamtschulen dürfen andere Schulformen nicht verdrängen.

Berufsschulstandorte im Kreis müssen gesichert werden, um Ausbildung regional zu stärken.

**Die Linke** (Auszüge aus Programm): Die Linke Bergstraße steht für ein Schulkonzept, das nicht auf Auslese, sondern auf gemeinsames Lernen und individuelle Förderung setzt.

Wir unterstützen jeden Schritt, der das mehrgliedrige Schulsystem durch schulformübergreifende integrierte Gesamtschulen ersetzt.

---

## C. Ganzttag ab 2026

### 5. Wie wollen Sie sicherstellen, dass bis 2029 einerseits ausreichend und andererseits qualitativ verlässliche (Fachpersonal, Raumkonzepte, pädagogisches Konzept, Mittagessensangebote) Ganztagsplätze (mind. 90 % Ausbaquote) zur Verfügung stehen?

**Die Grünen:** Der Kreis Bergstraße und seine Schulen müssen für das knapper werdende Fachpersonal entsprechend attraktiv sein und bleiben. Schulen mit Profil 2 sollten als Best-practice-Beispiele für den Ausbau der Ganztagesplätze dienen; sie stellen seit Jahren unter Beweis, dass eine qualitativ hochwertige Ganztagsbetreuung unter den gegebenen Umständen möglich ist.

**FDP:** Der Kreis ist für die räumliche und organisatorische Infrastruktur verantwortlich, nicht für das pädagogische Konzept oder die Personalausstattung.

Wir setzen auf eine frühzeitige Bedarfsanalyse, eine priorisierte Investitionsplanung und klare Qualitätsstandards bei Ausschreibungen, insbesondere beim Mittagessen. Der Ausbau muss wirtschaftlich tragfähig sein und darf nicht zulasten anderer dringend notwendiger Schulmaßnahmen erfolgen.

**CDU:** Der vom Bund ab diesem Jahr vorgegebene Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz an Grundschulen ist im Kreis Bergstraße bereits erfüllt. Entsprechend der sich ändernden qualitativen und quantitativen Bedarfe wird er weiterentwickelt. Der Kreis arbeitet eng mit Schule, Kommunen und freien Trägern zusammen, um Qualität, Verlässlichkeit und Planungssicherheit zu gewährleisten.

**SPD:** Wir wollen mit Unterstützung von Land und Bund kostenlose Ganztagsangebote von Anfang an ermöglichen und sehen darin einen zentralen Schwerpunkt unserer Finanz- und Bildungspolitik. Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner auf Landesebene setzen wir uns für die vollständige Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen ein und stellen hierfür zusätzliche Landesressourcen für Personal und Qualität zur Verfügung.

**Freie Wähler:** Derzeit sehen wir für den Kreis Bergstraße keine Möglichkeit, die genannten Herausforderungen bewältigen zu können. Einmal mehr ist das Land gefragt und der Kreistag darf sich in dieser Hinsicht nicht auf halbgezeigte Versprechungen einlassen.

**AfD:** Ganzttag darf nicht zulasten von Qualität gehen. Ausbau nur dort, wo Personal, Räume und Konzept gesichert sind. Familienfreiheit respektieren, Ganzttag bleibt Angebot und keine indirekte Verpflichtung.

**Die Linke** (Auszüge aus Programm): Ganztagsangebote müssen gesichert und ausgebaut werden.

### 6. Wie positionieren Sie sich zu Beitragsfreiheit oder sozialer Staffelung?

Die Grünen:

Beitragsfreiheit ist zwar grundsätzlich erstrebenswert, erscheint uns aber als unrealistisch. Hinzu kommt der Aspekt, dass in der Praxis oft nichts wert ist, was nichts kostet.

Bei der sozialen Staffelung ist der Aspekt einer echten sozialen Gerechtigkeit zu berücksichtigen, die durch die Entwicklung valider Parameter gewährleistet werden soll.

FDP:

Ganztagsangebote müssen sozial gerecht ausgestaltet sein. Eine einkommensabhängige Staffelung ist sachgerecht, da sie Familien entlastet, die trotz Erwerbstätigkeit nur begrenzte finanzielle Spielräume haben. Eine vollständige

Beitragsfreiheit kann nur dann verantwortet werden, wenn sie dauerhaft solide finanziert ist.

CDU:

Wir setzen auf Lösungen, die Familien entlasten. Ziel ist ein attraktives System, das wirtschaftlich nachhaltig und für Familien finanzierbar ist. Soziale Herausforderungen werden, unter Berücksichtigung der Sozialbehörden, gelöst. Wir werden eine dauerhaft hohe Qualität der Ganztagsangebote sichern. Pauschale Beitragsfreiheit lehnen wir ab, wenn sie die Finanzierung gefährdet.

SPD:

Die Hessen-SPD setzt sich programmatisch für kostenfreie Bildung von der Krabbelgruppe bis zum Meister oder Master ein; in der Landesregierung konnten wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner vereinbaren, dass Familien entlastet werden, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert wird und gesellschaftliche Teilhabe gesichert wird; die Ausgestaltung erfolgt über Entlastungen bei Betreuungskosten und gezielte sozialpolitische Instrumente.

Freie Wähler:

Unter den gegebenen Vorzeichen erscheint uns eine Beitragsfreiheit als unrealistisch. Eine soziale Staffelung wäre eventuell eine Lösungsmöglichkeit, wobei es dabei auf die Ausgestaltung ankommt. In allererster Linie sehen wir hier das Land Hessen gefordert..

AfD:

Familien sollen entlastet werden, gleichzeitig müssen finanzielle Grenzen des Kreises realistisch berücksichtigt werden. Soziale Staffelungen sind sinnvoller als ideologisch motivierte Vollkostenfreiheit ohne Gegenfinanzierung.

Die Linke (Auszüge aus Programm):

Schulische Bildung muss ohne versteckte Kosten stattfinden, etwa für Klassenfahrten oder Unterrichtsmaterial.

## 7. Welche Rolle sollen **Vereine, Musikschulen und außerschulische Partner** spielen?

Die Grünen:

Wie es Schulen mit Profil 2 bereits seit Jahren vorleben, sollen Vereine, Musikschulen und außerschulische Partner eine zentrale Rolle bei der Gestaltung des Ganztags spielen. Davon profitieren beide Seiten und das Schulleben wird durch sportliche, kulturelle und Differenzierungsangebote bereichert sowie das Vereinsleben gesichert und gestärkt.

FDP:

Außerschulische Partner wie Sportvereine, Musikschulen oder Jugendverbände sind eine wertvolle Ergänzung des Ganztags. Der Kreis sollte bestehende Kooperationen unterstützen und bürokratische Hürden abbauen. Ziel ist ein vielfältiges Angebot, das über reine Betreuung hinausgeht.

CDU:

Außerschulische Partner wie Vereine und Musikschulen sind wichtige Ergänzungen im Ganztags. Sie erweitern Bildungs- und Freizeitangebote und fördern soziale Kompetenzen. Kooperationen sollen

verlässlich, qualitätsgesichert und langfristig angelegt sein, ohne das Ehrenamt zu überfordern oder schulische Kernaufgaben zu verdrängen.

SPD:

Wir sehen Vereine, Verbände und Initiativen als tragende Säulen des gesellschaftlichen Lebens und wollen sie ideell und finanziell stärken, unter anderem durch modernisierte Vereinsförderrichtlinien, schnellere Fördermittel und kostenfreie Nutzung schulischer Hallen. Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner auf Landesebene wollen wir Ganztagsangebote so ausgestalten, dass Vereine, Musik- und Kulturangebote, Sport und Hilfsorganisationen systematisch eingebunden werden, ohne die Eigenständigkeit der außerschulischen Jugendarbeit zu gefährden.

Freie Wähler:

Vereine, Musikschulen und außerschulische Partner sehen wir als unabdingbar, wenn es um eine verlässliche Ganztagsbetreuung geht. Aber gerade unsere Vereine leiden darunter, dass immer weniger Mitglieder bereit sind sich dauerhaft zu engagieren. Insofern müssen Maßnahmen implementiert werden, damit den ehrenamtlich Tätigen (auch in Musikschulen und außerschulischen Partnerschaften) ihre Arbeit und ihr Engagement honoriert wird. Rentenpunkte könnten ein Beitrag dazu sein..

AfD:

Vereine und Ehrenamt stärken praktische Bildung und Gemeinschaftssinn. Kooperationen sollen erleichtert, Bürokratie reduziert werden. Ehrenamt ergänzt Schule, ersetzt aber keine Fachkräfte.

Die Linke (Auszüge aus Programm):

Im Programm der Linken keine direkte Aussage.

---

## **D. Schulwege & Mobilität**

### **8. Welche konkreten Maßnahmen planen Sie zur Verbesserung der Schulwegsicherheit (z. B. Tempo 30, (temporäre) Schulstraßen, Radwege)?**

Die Grünen:

Wir setzen uns seit Jahren für mehr Tempo 30-Strecken in den Innenstädten, insbesondere rund um Kindergärten und Schulen, ein. Auch der Ausbau und die Verbesserung der Radwege ist uns ein großes Anliegen. Temporäre Schulstraßen und Fahrradstraßen können, je nach Lage der Einrichtung, einen wichtigen Beitrag zur Schulwegsicherheit leisten.

Für die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen ist es hilfreich, dass sie mit fortschreitendem Alter lernen, ihren Schulweg möglichst eigenständig zu bewältigen. „Elterntaxis“ erhöhen oft das Risiko, führen zu Staus und unübersichtlichen Verkehrssituationen. Auch eine Reduktion des Bring- und Hohlverkehrs ist eine Maßnahme zur Verbesserung der Schulwegsicherheit.

FDP:

Die konkrete Verkehrsregelung liegt bei den Kommunen. Der Kreis kann jedoch Schulwegpläne regelmäßig evaluieren, die Schülerbeförderung optimieren und bei Bedarf gemeinsam mit den Kommunen Verbesserungen anstoßen.

CDU:

Zur Verbesserung der Schulwegsicherheit setzen wir auf Tempo-30-Regelungen, sichere Querungen, Schulwegpläne und bei Bedarf zeitlich begrenzte Schulstraßen. Maßnahmen werden gemeinsam mit

Kommunen, Schulen und Polizei entwickelt, regelmäßig überprüft und an örtliche Gegebenheiten angepasst.

SPD:

Wir wollen den öffentlichen Personennahverkehr flächendeckend stärken, den Radverkehr ausbauen und in Barrierefreiheit und sichere Wege investieren. Dazu gehören leistungsfähige Radverbindungen, ein alltagstaugliches Radwegenetz und eine moderne, auf alle Verkehrsteilnehmenden ausgerichtete Infrastruktur.

Freie Wähler:

Seit über 15 Jahren fordern wir einen massiven Ausbau der Radwege für den Alltagsradverkehr. Rad-schnellwege sind sicher nicht unwichtig und werden gebraucht, sie lösen die tagtäglichen Herausforderungen der Radfahrer jedoch nicht. Bei Gegenverkehr sind die Abstandsregeln beim Überholen von Radfahrern auf fast keiner Strecke im Kreisgebiet mehr einzuhalten. Deshalb fordern wir, dass entlang jeder Kreis-, Landes- und Bundesstraße im Kreisgebiet ein straßenbegleitender Radweg gebaut wird.

AfD:

Mehr Fokus auf sichere Wege statt Symbolpolitik. Tempo-30-Zonen an Gefahrenstellen, sichere Querungen und realistische Verkehrsführung. Eltern und Schulen sollen stärker einbezogen werden.

Die Linke (Auszüge aus Programm):

Im Programm der Linken keine direkte Aussage

## 9. Wie sichern Sie ausreichende Buskapazitäten und verlässliche Verbindungen?

Die Grünen:

Der Schülerbusverkehr läuft im Kreis Bergstraße relativ reibungslos; Konfliktfälle wurden in der Vergangenheit zwischen Kreis und Busunternehmen einvernehmlich gelöst.

Um Buskapazitäten und verlässliche Verbindungen sichern zu können, brauchen die Busunternehmen entsprechend qualifiziertes Personal. Auch hier müssen die entsprechenden Unternehmen attraktive Arbeitgeber und der Kreis Bergstraße eine anziehende Wohn- und Arbeitsumgebung sein.

FDP:

Wir setzen auf regelmäßige Auslastungsanalysen und eine frühzeitige Anpassung von Kapazitäten. Schülerbeförderung muss verlässlich sein, insbesondere im ländlichen Raum.

CDU:

Durch bedarfsgerechte Fahrpläne, zusätzliche Verstärkerfahrten zu Schulzeiten und eine enge Abstimmung mit dem Verkehrsverbund. Ziel ist ein verlässlicher und zumutbarer Schulweg für alle Schülerinnen und Schüler, insbesondere auch in ländlichen Regionen des Kreises Bergstraße

SPD:

Wir wollen mehr Bus- und Bahnverbindungen mit dichteren Takten, funktionierenden Anschlüssen sowie tragfähigen Konzepten auch für Abend- und Nachtzeiten. Flexible Bedarfsverkehre (On-Demand-Angebote) sollen flächendeckend ausgebaut werden, und mit einer kreiseigenen Mobilitätsgesellschaft wollen wir Angebot, Qualität und Bürgernähe dauerhaft besser steuern.

Freie Wähler:

Ausreichende Buskapazitäten und verlässliche Verbindungen wurden unsererseits in der Vergangenheit vielfach angemahnt. Dabei wird es aber in der neuen Legislaturperiode nicht bleiben. Wir werden dazu verstärkt in die Öffentlichkeit gehen und auf Missstände hinweisen und wir würden uns freuen, dabei vom Kreiselternbeirat Unterstützung zu erfahren..

AfD:

Der Schulverkehr im Kreis muss zuverlässig funktionieren. Überfüllte Busse und lange Wartezeiten sind unzumutbar. Verkehrsplanung stärker an realem Bedarf ausrichten.

Die Linke (Auszüge aus Programm):

Im Programm der Linken keine direkte Aussage

### 10. Wie stehen Sie zu einem **Deutschlandticket für alle Schüler:innen** – alters- und wohnortunabhängig?

Die Grünen:

Ein alters- und wohnortunabhängiges Deutschlandticket für alle SuS wäre aus unserer Sicht ausgesprochen wünschenswert, ist aber aufgrund der Haushaltslage nicht umsetzbar.

FDP:

Ab der weiterführenden Schule halten wir ein einheitliches Ticket grundsätzlich für sinnvoll, insbesondere aufgrund der besonderen Lage des Kreises im Dreiländereck. Für Grundschüler sehen wir differenzierten Prüfbedarf. Die Finanzierung muss tragfähig sein.

CDU:

Die Schülerbeförderung ist landesgesetzlich geregelt und gibt die Entfernungen zur jeweiligen Schule vor, die eigenverantwortlich zurückgelegt werden müssen. Eine darüberhinausgehende Finanzierung ist ohne Änderung des Schulgesetzes nicht möglich. Ein einheitliches Ticket kann die Mobilität verbessern, muss jedoch solide finanziert sein. Der Kreis setzt auf bewährte Schülerbeförderungsmodelle und prüft Weiterentwicklungen im Rahmen seiner Zuständigkeiten. Wichtig sind Verlässlichkeit, Bezahlbarkeit und eine faire Kostenverteilung zwischen den Ebenen.

SPD:

Wir setzen uns im Kreis für Mobilität als Daseinsvorsorge ein und fordern ein Sozialticket im ÖPNV, um Mobilität für alle bezahlbar zu machen. Die Hessen-SPD setzt sich programmatisch für ein vergünstigtes Deutschlandticket für Auszubildende ein; in der Landesregierung arbeiten wir mit unserem Koalitionspartner daran, ein attraktives, bezahlbares Ticketangebot für junge Menschen und Pendler:innen sicherzustellen.

Freie Wähler:

Wir unterstützen die Forderung der Bundesschülerkonferenz nach einem kostenlosen „Deutschlandticket Schule“.

Erst durch unsere Initiative im Jahr 2023 wurde das Thema „Mobilität“ ein fester Bestandteil aller Sitzungen des Ausschusses für Regionalentwicklung, Infrastruktur und Nachhaltigkeit“. Dabei wird es in Zukunft nicht bleiben. Wir werden dazu verstärkt in die Öffentlichkeit gehen und auf Missstände hinweisen.

AfD:

Mobilität für Schüler verbessern, aber Kostenfolgen realistisch prüfen. Einheitliche und einfache Lösungen sind sinnvoll, solange sie finanziell tragbar bleiben und den Kreis nicht überfordern.

Die Linke (Auszüge aus Programm):

Im Programm der Linken keine direkte Aussage

---

## E. Schulgebäude & Infrastruktur

### 11. Wie stehen Sie zu **echter Bürgerbeteiligung** bei Schulentwicklungsplanung und der Priorisierung von Sanierungsmaßnahmen und wie stellen Sie das ggf. sicher?

Die Grünen:

Die Bürgerbeteiligung bei der Schulentwicklungsplanung ist bereits eine echte, weil diese durch von der Bevölkerung gewählte Vertreter:innen im Kreistag vorgenommen und abgestimmt wird. Die entsprechende Fachabteilung im Landratsamt untersteht dem Landrat, der ebenfalls demokratisch gewählt wird. Insofern können die Bürgerinnen und Bürger Einfluss auf die Schulentwicklungsplanung nehmen. Sanierungsmaßnahmen werden, abhängig vom Zustand der betroffenen Gebäude/ Liegenschaften, priorisiert und in einen entsprechenden Plan eingearbeitet. Da es viele Schulgebäude im Kreis gibt mit ganz unterschiedlichen Bedarfen, müssen Maßnahmen außerplanmäßig nach Dringlichkeit (Verkehrssicherheit), aber ansonsten nach Plan abgearbeitet werden.

FDP:

Transparenz ist wichtig. Informationsveranstaltungen und digitale Planungsübersichten können Beteiligung ermöglichen. Die letztendliche Entscheidungsverantwortung liegt jedoch beim Kreistag.

CDU:

Zur Erstellung und Beratung des Schulentwicklungsplans wurde bereits bei den beiden letzten Fortschreibungen frühzeitig ein aufwendiger Prozess zur Bürgerbeteiligung durchgeführt. Eltern, Schulen und Kommunen wurden in den Planungsprozess einbezogen. Letztlich müssen die Kreisgremien diese Pläne entsprechend der rechtlichen Vorgaben beschließen und in Kraft setzen.

SPD:

Grundsätzlich wollen wir Beteiligungsstrukturen stärken, etwa durch die Reaktivierung des Fahrgastbeirats in der Mobilitätspolitik, und setzen auf transparente, dialogorientierte Planung. Die Hessen-SPD fordert programmatisch eine Schule, in der alle Beteiligten selbst Demokratie praktizieren und Mitbestimmung leben; in der Landesregierung wird gemeinsam mit unserem Koalitionspartner Bürgerbeteiligung als wichtiger Bestandteil moderner Bildungs- und Infrastrukturpolitik gesehen.

Freie Wähler:

Soweit wir das nachvollziehen können sind bereits heute die Eltern bei den Planungen zu Sanierungs- oder Neubaumaßnahmen beteiligt, was wir gut und richtig finden. Wir würden es allerdings sehr begrüßen, wenn der KEB bei den Beratungen zum SEP in den Fachausschüssen hinzugezogen und dort gehört werden würde. Die frühzeitige Aufstellung von Prioritätenlisten für Sanierungsmaßnahmen erachten wir als überaus wichtig. Für eine Umsetzung bedarf es allerdings einer Kreistagsmehrheit..

AfD:

Entscheidungen über Schulstandorte und Sanierungen müssen transparent sein. Eltern und Gemeinden frühzeitig beteiligen. Prioritäten sollen nachvollziehbar und nicht parteipolitisch motiviert sein.

Die Linke (Auszüge aus Programm):

Kommunen gestalten Schulpolitik mit – etwa durch Schulentwicklungsplanung sowie räumliche und sachliche Ausstattung.

## 12. Welche verbindlichen Standards bei Neubau und Sanierung (Energiesparmaßnahmen und Nachhaltigkeit, cradle to cradle, Hitzeschutz und Begrünung) sind Ihnen wichtig und wollen Sie umsetzen?

Die Grünen:

Auf alle Schulen sollen, wie auf alle öffentlichen Gebäude, Photovoltaikanlagen installiert werden. Je nach baulichen Möglichkeiten und Gegebenheiten sollten Dächer begrünt und damit hitzeresistenter gemacht werden. Gut gedämmte Gebäude bieten ein besseres Raumklima, die eingesetzten Materialien müssen sicher sein und sollen eine hohe Ökoeffektivität aufweisen.

FDP:

Wir befürworten energieeffiziente Bauweisen, Solarenergie zur Eigennutzung, Hitzeschutzmaßnahmen und, wo sinnvoll, Begrünung. Nachhaltigkeit muss wirtschaftlich tragfähig sein und langfristige Betriebskosten senken.

CDU:

Vor allem achten wir auf Wirtschaftlichkeit und pädagogischen Nutzen. Gebäude müssen funktional, zukunftsfähig und finanzierbar sein, um dauerhaft gute Lernbedingungen zu gewährleisten. Darüber hinaus achten wir auf die Nachhaltigkeit unserer Baumaßnahmen.

SPD:

Wir wollen den Kreis bis spätestens 2035 klimaneutral machen und Klimaschutz zur Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern, einschließlich Bildung und Bauleitplanung, machen. Dazu gehören der massive Ausbau erneuerbarer Energien, insbesondere Photovoltaik auf kreiseigenen Liegenschaften, sowie Investitionen in klimafreundliche, hitzeresiliente und nachhaltige Infrastruktur.

Freie Wähler:

(keine Angaben)

AfD:

Nachhaltigkeit ja, aber wirtschaftlich und praktikabel. Ziel sind robuste, energieeffiziente Gebäude mit vertretbaren Betriebskosten statt teurer Ideallösungen.

Die Linke (Auszüge aus Programm):

Schulen brauchen Gebäude, die nicht bröckeln, sondern Raum, moderne Ausstattung und Gestaltung bieten

## 13. Wie sichern Sie ausreichende Schwimm- und Sporthallenkapazitäten?

Die Grünen:

Der Kreis Bergstraße arbeitet zur Sicherung der Sporthallenkapazitäten aktiv mit Sportvereinen zusammen und sucht an großen Schulstandorten bereits nach Möglichkeiten, eigene Hallen zu bauen, um die regelgerechte Umsetzung der Studentafel zu gewährleisten.

Für die Sicherung der Schwimmhallenkapazitäten sorgt der Kreis Bergstraße durch eine intensive Zusammenarbeit mit den Betreibern von Hallenbädern, die den Schulen zu bestimmten Zeiten einzelne Bahnen für den Schulsport zur Verfügung stellen. Wichtig ist die grundsätzliche Sicherung der teuren Hallenbadbetriebe, damit die SuS sicher schwimmen lernen können.

FDP:

Das bestehende Angebot muss gesichert bleiben. Wir sprechen uns gegen einen Abbau aus und setzen auf Kooperation mit Kommunen bei notwendigen Erweiterungen.

CDU:

Schwimm- und Sporthallen sind Teil der kommunalen Daseinsvorsorge. Der Kreis ist für Sporthallen zuständig, soweit es um notwendige Kapazitäten für den Schulsport geht. Die Entwicklung der Schulsport-hallen ist Teil der Schulentwicklungsplanung. Landesprogramme wie z.B. „swim plus“ unterstützen Kommunen beim Erhalt und der Modernisierung von Schwimmbädern.

SPD:

Kein nützliches Fördergeld für Sport- und Kulturinfrastruktur soll am Kreis vorbeigehen und schulische Hallen sollen weiterhin kostenfrei von Vereinen genutzt werden können. Die Hessen-SPD setzt sich programmatisch dafür ein, dass alle Kinder sichergestellt Schwimmen lernen können; in der Landesregierung wird gemeinsam mit unserem Koalitionspartner an der Sicherung ausreichender Sport- und Schwimminfrastruktur gearbeitet.

Freie Wähler:

Die Sicherung ausreichender Schwimm- und Sporthallenkapazitäten sehen wir in erster Linie wieder als landespolitisches Thema. Es fehlt einfach an der finanziellen Unterstützung.

AfD:

Sportstätten sind Grundvoraussetzung für Gesundheit und Vereinsleben. Bestehende Hallen erhalten und modernisieren, Ausfallzeiten minimieren und Nutzung effizient organisieren.

Die Linke (Auszüge aus Programm):

Im Programm der Linken keine direkte Aussage

#### 14. Wie stehen Sie zum Thema „Mehrfachnutzung“ von Schulgebäuden (z.B. durch VHS, Vereine, Senioren), insbesondere bei künftig sinkenden Schülerzahlen?

Die Grünen:

Schulen sind öffentliche Gebäude und sollten der Dorf-/ Stadtgesellschaft als solche grundsätzlich zur Verfügung stehen. Eine „Mehrfachbenutzung“ von Schulgebäuden durch VHS, Vereine, Senioren sehen wir durchweg positiv; diese sollte aber durch ein gutes Raum- und Schließsystemmanagement (Transponder) abgesichert und somit für alle Seiten transparent und sicher sein.

FDP:

Die Mehrfachnutzung ist wirtschaftlich sinnvoll und ausdrücklich zu begrüßen. Schulgebäude können außerhalb der Unterrichtszeiten durch VHS, Vereine oder Seniorenangebote genutzt werden.

CDU:

Eine pädagogisch sinnvolle Nutzung von Schulgebäuden auch am Nachmittag ist für den Ganztags zentral. Klassenräume können einbezogen werden, wenn Ausstattung, Rückzugsmöglichkeiten und klare Konzepte vorhanden sind. Voraussetzung ist eine gute Verzahnung von Unterricht und Betreuung bei gesicherter Qualität.

SPD:

Wir wollen Vereine, Volkshochschule und andere Bildungs- und Kulturangebote stärken und die Sport- und Kulturinfrastruktur im Kreis gezielt fördern, was eine intensivere Nutzung von Bestandsgebäuden nahelegt. Die Hessen-SPD setzt sich programmatisch für vielfältig nutzbare Räume, Lern- und Bewegungslandschaften sowie die wechselseitige Nutzung zentraler Bereiche ein; in der Landesregierung unterstützen wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner moderne, multifunktionale Schulraumkonzepte.

Freie Wähler:

Ausdrücklich unterstützen wir eine mögliche Mehrfachnutzung von Schulgebäuden. Es passt doch nicht zusammen, dass die Kommunen separate Räumlichkeiten schaffen müssen damit VHS, ortsansässige Vereine oder Senioren sich treffen bzw. ihren Vorhaben nachgehen können. Wir sähen eine solche Vorgehensweise als Beispiel für gelebte Nachhaltigkeit, was auch die Akzeptanz der Kommunen gegenüber der zu zahlenden Schulumlage deutlich verbessern könnte.

AfD:

Schulgebäude sollen außerhalb der Unterrichtszeiten stärker für Vereine, VHS und Bürger nutzbar sein. Doppelte Infrastruktur vermeiden und kommunale Ressourcen besser nutzen.

Die Linke (Auszüge aus Programm):

Im Programm der Linken keine direkte Aussage

---

## **F. Digitalisierung & Medienkompetenz**

**15. Wie sichern Sie nach dem Digitalpakt dauerhaft IT-Infrastruktur, Wartung und Support und wie stehen Sie zu 1:1-Ausstattungskonzepten von Schüler:innen mit Tablets/Notebooks, die diese auch privat zuhause nutzen dürfen?**

Die Grünen:

Die aufgebaute IT-Infrastruktur wird von der Abteilung Schul-IT der Kreises Bergstraße weiter ausgebaut, gewartet und supportet. 1:1 Ausstattungskonzepte von SuS mit Tablets/ Notebooks, die diese auch zu Hause nutzen können, sind grundsätzlich wünschenswert, aber kaum ohne Unterstützung aus der Wirtschaft finanzierbar. Darüber hinaus muss bei einer Nutzung der Geräte außerhalb des Unterrichts ein verantwortungsvoller Umgang mit KI gewährleistet werden, der die Maßstäbe der Leistungsbeurteilung nicht verzerrt.

FDP:

Der Kreis muss Wartung und Support langfristig sichern. 1:1-Ausstattungskonzepte halten wir für sinnvoll. Eine sozial ausgewogene Eigenbeteiligung kann geprüft werden.

CDU:

Nachhaltige Finanzierung von Wartung, Support und Fortbildung ist entscheidend. Der Kreis setzt auf zentrale IT-Strukturen, verlässliche Betreuung und regelmäßige Qualifizierung des Personals, damit digitale Ausstattung dauerhaft nutzbar bleibt und pädagogisch sinnvoll eingesetzt wird.

SPD:

Die Hessen-SPD will die Lernmittelfreiheit auf den digitalen Bereich ausweiten, damit Lernende und Lehrende die notwendigen Geräte und Plattformen erhalten, sowie flächendeckenden IT-Support sichern. Mit unserem Koalitionspartner haben wir vereinbart, die Strategie „Digitale Schule Hessen“ fortzuentwickeln,

WLAN und IT-Support flächendeckend auszubauen, an weiterführenden Schulen IT-Supportstellen zu schaffen und Lehrkräfte mit Dienstgeräten auszustatten.

Freie Wähler:

Die Beantwortung des ersten Teils der Frage 15. sehen wir eher in der Verantwortung des Kultusministeriums. Hinsichtlich der Ausstattung der Schüler und Schülerinnen mit Tablets / Notebooks, die auch privat genutzt werden dürfen, sind wir mittlerweile eher zurückhaltend. Haben wir solches noch vor wenigen Jahren eingefordert, lassen uns Erfahrungsberichte aus verschiedenen Ländern Europas dazu zurückhaltender werden. Vielleicht könnte eine aktuelle bundesweite Studie dazu Aufklärung bringen.

AfD:

Digitale Technik ist Werkzeug, kein Ersatz für klassische Bildung. IT-Infrastruktur dauerhaft finanzieren und warten. Geräteausstattung nur dort, wo pädagogisch sinnvoll und datenschutzrechtlich klar geregelt.

Die Linke (Auszüge aus Programm):

Schulen brauchen moderne Ausstattung

### 16. Welche konkreten Maßnahmen planen Sie zur Förderung von Medienkompetenz und zum Schutz vor Cybermobbing und digitaler Überforderung im Bereich Schule, Eltern und Senioren?

Die Grünen:

Es gibt zahlreiche Programme und Kooperationspartner des HMKB wie „Digitale Helden“ und die Medienanstalt Hessen, die Medienkompetenz bei den SuS im Rahmen eines Mediencurriculums schafft, fördert und altersgerecht ausbaut. Die Umsetzung obliegt den Schulen im Rahmen ihrer pädagogischen Programme, die auch Elternarbeit beinhalten und eine Einbindung beispielsweise von Senioren ermöglichen.

FDP:

Die pädagogische Ausgestaltung liegt beim Land. Der Kreis sorgt für sichere Netzinfrastruktur und technische Schutzmaßnahmen.

CDU:

Medienkompetenz wird durch Präventionsprogramme, Aufklärung und feste Ansprechpartner an Schulen gestärkt. Der Schutz vor Cybermobbing erfordert frühe Sensibilisierung, klare Anlaufstellen und die Einbindung der Eltern. Wichtig ist ein verantwortungsvoller und sicherer Umgang mit digitalen Medien.

SPD:

Die Hessen-SPD fordert verbindliche Module zum Jugendmedienschutz, Vorbeugung von Mediensucht und eine Fortbildungsoffensive für Lehrkräfte zur digitalen Bildung. Mit unserem Koalitionspartner wurde vereinbart, Demokratie- und Medienbildung als Querschnittsthemen zu stärken, verpflichtende Fortbildungen zur Medienbildung einzuführen und Präventionsprogramme gegen Mediensucht und Gefahren im Netz sowie schulpsychologische und beratende Strukturen auszubauen.

Freie Wähler:

Für die Antwort auf Frage 16 verweisen wir einmal mehr auf die Landespolitik

AfD:

Medienkompetenz fördern, aber Altersgrenzen und Schutz vor digitaler Überforderung ernst nehmen. Schulen sollen Eltern stärker einbinden und klare Regeln im Umgang mit digitalen Medien haben.

Die Linke (Auszüge aus Programm):

Im Programm der Linken keine direkte Aussage

---

## **G. Inklusion & Teilhabe**

### **17. Wie verbessern Sie personelle und bauliche Voraussetzungen für echte Inklusion – einschließlich barrierefreiem Zugang?**

Die Grünen:

Der Kreis Bergstraße arbeitet zur Verbesserung der personellen Voraussetzung von Inklusion mit privaten Trägern zusammen, um Schulbegleiter zu finden und auszubilden. Hierbei sind Quereinsteiger ausdrücklich willkommen.

Die baulichen Voraussetzungen werden bei Neubauten entsprechend berücksichtigt, Bestandsgebäude werden bei Bedarf nach den gegebenen Möglichkeiten nachgerüstet.

FDP:

Personelle Ausstattung liegt beim Land. Der Kreis trägt Verantwortung für Barrierefreiheit und entsprechende Umbauten. Investitionen müssen priorisiert und wirtschaftlich geplant werden.

CDU:

Inklusion gelingt nur mit ausreichendem Fachpersonal, barrierefreien Gebäuden und passgenauen Förderangeboten. Der Kreis setzt auf realistische Rahmenbedingungen, um individuelle Förderung zu ermöglichen und alle Beteiligten im Schulalltag wirksam zu unterstützen.

SPD:

Wir unterstützen die Bildung eines Kreisbehindertenbeirates und wollen die Frühförderstelle der Lebenshilfe Lampertheim erhalten sowie um eine Nebenstelle im Odenwald ergänzen. Im Mobilitätsbereich investieren wir in Barrierefreiheit und eine auf alle Verkehrsteilnehmenden ausgerichtete Infrastruktur. Mit unserem Koalitionspartner bekennen wir uns zur Inklusion, stärken Förderschulen, Beratungs- und Förderzentren und bauen Barrieren in inklusiven Schulbündnissen ab.

Freie Wähler:

Die Beseitigung aller Barrieren ist uns ein sehr wichtiges Anliegen.

AfD:

Inklusion braucht realistische personelle und räumliche Voraussetzungen. Individuelle Förderung stärken, ohne Unterrichtsqualität für alle zu gefährden. Barrierefreiheit schrittweise und bedarfsgerecht umsetzen.

Die Linke (Auszüge aus Programm):

Die von der EU geforderte Inklusion von jungen Menschen mit Behinderung muss durch bessere personelle, räumliche und finanzielle Ausstattung der Schulen unterstützt werden.

### **18. Wie stehen Sie zum Thema Schulesen? Hauptsache was „Warmes“ im Magen oder die Chance, mit Schulesen zur Prävention und Gesundheitsförderung und Ernährungsbildung beizutragen und individuelle Allergien zu berücksichtigen?**

Die Grünen:

Schulessen ist seit vielen Jahren aus verschiedenen Gründen ein großes Thema: Es muss den Geschmack der SuS treffen, soll aber gesund und bezahlbar sein. Natürlich soll Schulessen einen Beitrag zu Prävention, Gesundheitsförderung und Ernährungsbildung leisten. Andererseits müssen wir realistisch bleiben und uns vor Augen führen, dass es sich um eine Versorgung vieler Menschen aus einer Großküche handelt – mit allen Vor- und Nachteilen, die dies mit sich bringt.

FDP:

Schulessen ist mehr als reine Sättigung. Qualität, Berücksichtigung von Allergien und gesunde Ernährung sind wichtig. Wo wirtschaftlich darstellbar, sollte geprüft werden, ob Frischküchen vor Ort ermöglicht werden können..

CDU:

Wir setzen auf ausgewogenes, qualitativ hochwertiges Schulessen mit Wahlmöglichkeiten. Allergien und individuelle Bedürfnisse werden berücksichtigt. Ergänzend wird Ernährungsbildung gestärkt, um Gesundheit und Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen nachhaltig zu fördern.

SPD:

Wir wollen in Schulmensen regionale, saisonale und ökologische Lebensmittel vorrangig einsetzen und verbinden so Umweltbewusstsein, Gesundheitsförderung und regionale Wertschöpfung. Schulessen ist für uns eine Chance für Prävention, Gesundheitsförderung und Ernährungsbildung, nicht nur eine warme Mahlzeit. Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner streben wir eine gesundheitsfördernde Ernährungsumgebung in Bildungseinrichtungen an.

Freie Wähler:

Hauptsache etwas „Warmes“ im Magen ist auch eine Lösung. Wir würden es jedoch begrüßen, wenn ein gesundes und doch bezahlbares Mittagessen angeboten werden kann.

AfD:

Qualitativ gutes, bezahlbares und ausgewogenes Essen statt reiner Sättigung. Regionale Anbieter stärken und individuelle Bedürfnisse berücksichtigen.

Die Linke (Auszüge aus Programm):

Im Programm der Linken keine direkte Aussage

---

## **H. Psychische Gesundheit**

### **19. Planen Sie Maßnahmen zur Verbesserung der psychischen Gesundheit an Schulen und zur Reduzierung der Suizidgefahr bei Schüler:innen und wenn ja, welche?**

Die Grünen:

Sozialpädagogische Fachkräfte von HELP sind bereits an 60 Grundschulen, Haupt- und Realschulen, Gesamtschulen und Förderschulen Lernen im Kreis Bergstraße aktiv. Darüber hinaus gibt es erfolgreiche Schulsozialarbeit in Kooperation mit privaten Trägern, die zur Verbesserung der psychischen Gesundheit an Schulen beiträgt.

Bei psychischen Ausnahmesituationen wie Suizidgefahr nehmen Schulen Kontakt mit der Schulpsychologie am Staatlichen Schulamt auf, in Notfällen schalten sie das Schulpsychologische

Kriseninterventionsteam ein.

FDP:

Wir unterstützen Programme wie HELP sowie abrufbare Teamprojekte. Ziel ist eine niedrigschwellige Unterstützung ohne Doppelstrukturen zum Land aufzubauen.

CDU:

Die psychische Gesundheit von Schülerinnen und Schülern ist ein zentrales Anliegen. Hierzu kann Schule, in Zusammenarbeit u.a. mit Schulsozialarbeit, Beratungsstellen und niedrigschwellige Hilfsangeboten Unterstützung sein. Prävention und frühes Erkennen muss im Mittelpunkt stehen.

SPD:

Wir werden das Schulsozialarbeitskonzept „HELP“ fortsetzen und an aktuelle Bedarfe anpassen, um Kinder und Jugendliche niedrigschwellig zu unterstützen. Die Hessen-SPD fordert Schulgesundheitsfachkräfte und psychosoziale Unterstützung in Schulen; mit unserem Koalitionspartner haben wir vereinbart, Schulgesundheitsfachkräfte auszubauen, Strukturen zur Suizidprävention zu schaffen und Informationskampagnen für Eltern, Schulen und Lehrkräfte umzusetzen.

Freie Wähler:

Dabei handelt es sich um ein extrem wichtiges und brisantes Thema. Allerdings ist auch in dieser Sache das Kultusministerium gefordert und es ist uns unverständlich, weshalb erforderliche Maßnahmen nicht längst umgesetzt wurden.

AfD:

Schulen brauchen mehr Schulsozialarbeit und niedrigschwellige Beratung. Prävention, klare Strukturen und stabile Lernumgebungen stärken die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen.

Die Linke (Auszüge aus Programm):

Immer wichtiger werden Schulsozialarbeit, Schulpsychologen und multiprofessionelle Teams, die Schülerinnen und Schüler beraten und unterstützen können

---

## **I. Generationspolitik & Daseinsvorsorge**

### **20. Wie stärken Sie pflegende Angehörige und sichern ärztliche Versorgung im ländlichen Raum?**

Die Grünen:

Für die Besetzung der Arztpraxen ist die Kassenärztliche Vereinigung zuständig. Wir unterstützen bei der Anwerbung von Interessent\*innen. So können eingerichtete Praxen in Form von beispielsweise Gesundheitskiosken das Hemmnis senken, eine Praxis nicht zu eröffnen oder zu übernehmen aufgrund initial hoher Investitionskosten. Praxisverbände können helfen, die hohen Arbeitslast auf mehrere Schultern zu verteilen und somit ebenfalls attraktiv zu gestalten für die Landärzt\*innen.

Um die pflegerische Versorgung sicherzustellen, benötigen wir Pflegestützpunkte. Diese lotsen die zu pflegenden Menschen und deren Angehörige durch die vielfältigen Angebote und Hilfestellungen und koordinieren das komplexe Gesundheitssystem. Hier ist die Profession Pflege mit exzellent ausgebildeten Community Health Nurses ideal.

FDP:

Der Kreis kann moderierend wirken, Versorgungsmodelle unterstützen und die medizinische Grundversorgung, insbesondere über das Kreiskrankenhaus, sichern.

CDU:

Der Kreis stärkt ambulante Angebote, unterstützt pflegende Angehörige und setzt sich für eine verlässliche ärztliche Versorgung ein. Wir wollen wohnortnahe Strukturen, die Pflege, medizinische Versorgung und soziale Teilhabe auch im ländlichen Raum dauerhaft sichern.

SPD:

Wir wollen die Gesundheitsversorgung im Kreis stärken und den Haus- und Fachärztemangel in enger Abstimmung mit der Kassenärztlichen Vereinigung bekämpfen. Die Hebammenversorgung soll durch ein angepasstes Förderprogramm stabil bleiben. Die Hessen-SPD setzt Anreize für Ärzt:innen im ländlichen Raum und bessere Unterstützung pflegender Angehöriger; mit unserem Koalitionspartner setzen wir auf Landarztquote, mehr Medizinstudienplätze, Gemeindepflegekräfte und eine starke Pflege zuhause und im Heim.

Freie Wähler:

Die Antwort zu 20 sehen wir in der Verantwortung der Landesregierung.

AfD:

Hausärztliche Versorgung im ländlichen Raum sichern und bürokratische Hürden abbauen. Pflegende Angehörige durch Beratungsangebote und Entlastungsstrukturen unterstützen.

Die Linke (Auszüge aus Programm):

Im Programm der Linken keine direkte Aussage

## 21. Welche Maßnahmen planen Sie für bezahlbaren Wohnraum und Pflegeplätze?

Die Grünen:

Die Kompetenz für bezahlbaren Wohnraum liegt in den Kommunen. Der Kreis unterstützt diese bei den Vorhaben. Bezahlbare Pflegeplätze liegen ebenso wenig in der Kompetenz des Kreises. Allen voran ist eine auskömmliche Finanzierung der Pflegekassen wichtig. Unterstützend kann der Kreis tätig werden, indem er den Landkreis als attraktiven Lebens- und Arbeitsort voranbringt, sodass Fachkräfte sich hier gerne ansiedeln. Die langfristig sichere Finanzierung der freien Wohlfahrtspflege hilft Betreibern, verlässlich planen und somit Plätze anbieten zu können.

FDP:

Der Kreis kann interkommunale Projekte unterstützen und planungsrechtliche Rahmenbedingungen begleiten. Wirtschaftlich tragfähige Modelle stehen im Vordergrund.

CDU:

(keine Angabe)

SPD:

Wir wollen eine gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft Bergstraße gründen, die bezahlbare, senioren-gerechte und für Pflege- und Erziehungsberufe geeignete Wohnungen sowie Wohnraum für engagierte Menschen und Geflüchtete schafft. So tragen wir zur Reduzierung der Wohnungsknappheit und zur

sozialen Daseinsvorsorge im Kreis bei. Die Hessen-SPD ergänzt dies um Leerstandsbekämpfung, Sanierungsförderung und Reform der Grunderwerbsteuer.

Freie Wähler:

Hinsichtlich der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum fordern wir die dringende Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft des Kreises Bergstraße. In vielen Landkreisen in Deutschland gibt es bereits erfolgreiche Modelle und der Kreis Bergstraße darf sich einer solchen Einrichtung nicht länger verschließen..

AfD:

Mehr Wohnraum durch schnellere Genehmigungen und pragmatische Planung. Pflegeplätze ausbauen und regionale Anbieter stärken, um Versorgung im Kreis sicherzustellen.

Die Linke (Auszüge aus Programm):

Im Programm der Linken keine direkte Aussage

---

## **J. Demokratie & Ehrenamt**

### **22. Welche Maßnahmen zur Demokratieförderung planen Sie – insbesondere zum Ausbau und zur Stärkung von Jugend- und Seniorenbeiräten im Kreis und den Kommunen.**

Die Grünen:

Wir betreiben aktive Demokratieförderung vor allem dadurch, dass wir bei jungen Menschen Interesse und Verständnis für Politik wecken und auch gemeinsam mit der Grünen Jugend Bergstraße niederschwellige Angebote machen, um sich in die Politik einzubringen.

Dieses Interesse an Politik in einem Engagement in einem Jugendbeirat zu verstetigen ist unser mittel- und langfristiges Ziel. Gerade bei jungen Menschen sind die Interessenlagen allerdings sehr volatil. Die Arbeit des Kreissenorenbeirats mit seinen Informations- und Unterstützungsangeboten blickt im Kreis auf eine längere Tradition zurück. Einzelne Kommunen haben Seniorenbeauftragte, deren Sicht auf die Dinge gerade bei Stadtentwicklungsprojekten sehr gefragt ist. Dies sollte man unbedingt ausbauen und in die Fläche bringen.

FDP:

Der bestehende Seniorenbeirat leistet wichtige Arbeit und soll in seiner Funktion weiter gestärkt werden. Dazu gehören transparente Entscheidungsprozesse, eine frühzeitige Einbindung bei relevanten Themen sowie klare Informationswege zwischen Verwaltung, Politik und Beirat. Beteiligung muss ernst gemeint sein und darf kein formaler Akt bleiben.

Die Einrichtung eines Jugendbeirats wurde in der Vergangenheit mehrfach diskutiert, jedoch mangels nachhaltigen Interesses nicht dauerhaft etabliert. Für uns gilt: Beteiligungsstrukturen sollten dort geschaffen werden, wo tatsächlicher Bedarf und echtes Engagement vorhanden sind. Wenn junge Menschen im Kreis Verantwortung übernehmen und sich aktiv einbringen möchten, unterstützen wir dies ausdrücklich, organisatorisch und strukturell.

Wichtig ist uns dabei, dass Jugendbeteiligung unabhängig bleibt und nicht zur parteipolitischen Nachwuchsstruktur wird. Jugendbeiräte sollen Räume für sachorientierte Mitwirkung sein, nicht Instrumente parteipolitischer Einflussnahme.

CDU:

Demokratie und Ehrenamt werden durch Beteiligungsformate für junge und ältere Menschen, politische Bildung vor Ort und den Abbau bürokratischer Hürden gestärkt.

SPD:

Wir setzen stark auf Beteiligung und Ehrenamt, etwa durch Reaktivierung des Fahrgastbeirats und Unterstützung von Partnerschaften und Initiativen des Kreises. Die Hessen-SPD will, dass Schüler:innen früh Verantwortung übernehmen, Demokratie praktisch erleben und politische Bildung gestärkt wird; mit unserem Koalitionspartner bauen wir Demokratiebildung, politische Bildung und Extremismusprävention an Schulen und in der Gesellschaft aus.

Freie Wähler:

Zur Stärkung der Demokratieförderung von Jugendbeiräten fordern wir die deutliche Anhebung der finanziellen Förderung. Die derzeitige Unterstützung ist eher als Alibi zu verstehen.

AfD:

Ehrenamt ist Rückgrat der Gesellschaft und muss entbürokratisiert werden. Jugend- und Seniorenbeiräte unterstützen, ohne sie parteipolitisch zu instrumentalisieren. Bürgerbeteiligung stärken und Entscheidungswege transparenter machen.

Die Linke (Auszüge aus Programm):

Im Programm der Linken keine direkte Aussage

### **23. Wie stehen Sie zum Ehrenamt, wie fördern Sie das Ehrenamt und wo und wie wollen Sie bürokratische Barrieren abbauen?**

Die Grünen:

Wir leben selbst eine aktive Ehrenamtskultur und versuchen, möglichst viele, auch und gerade junge Menschen, aber auch Ältere, zu integrieren. Jede/r politisch Aktive fördert das Ehrenamt und hilft durch die Vermittlung seiner Tätigkeit, Barrieren abzubauen. Dabei ist die Bürokratie teils lästiger, teils auch einfach notwendiger und systemrelevanter Teil unserer täglichen Tätigkeit.

FDP:

Ehrenamt verdient Unterstützung durch Bürokratieabbau, vereinfachte Förderverfahren und klare Zuständigkeiten innerhalb der Kreisverwaltung.

CDU:

Demokratie und Ehrenamt werden durch Beteiligungsformate für junge und ältere Menschen, politische Bildung vor Ort und den Abbau bürokratischer Hürden gestärkt. Ehrenamtliches Engagement braucht Anerkennung, Unterstützung und verlässliche Rahmenbedingungen.

SPD:

Ehrenamt prägt unseren Kreis. Wir wollen Vereine, Verbände und Initiativen ideell und finanziell unterstützen, die Vereinsförderrichtlinien gemeinsam mit den Vereinen modernisieren und bekannter machen. Fördermittel sollen schneller fließen, kein Fördergeld für Sport- und Kulturinfrastruktur am Kreis

vorbeigehen. Bürokratie bauen wir durch Digitalisierung der Verwaltung ab und setzen mit unserem Koalitionspartner auf Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung.

Freie Wähler:

Es ist sicher richtig und wichtig ehrenamtlich Tätige für ihr Engagement zu loben und zu ehren. Auch die Verleihung der Ehrenamtscard ist ein positives Zeichen. In der heutigen Zeit reicht das jedoch schon lange nicht mehr aus, denn ohne die Ehrenamtlichen würde unser System an vielen Stellen nicht mehr funktionieren. Insofern fordern wir die Anerkennung der ehrenamtlichen Tätigkeit z.B. über die Zuteilung sogenannter Rentenpunkte.

AfD:

Ehrenamt ist Rückgrat der Gesellschaft und muss entbürokratisiert werden.

Die Linke (Auszüge aus Programm):

Im Programm der Linken keine direkte Aussage